

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 80 (2000)
Heft: 7-8

Artikel: Ökologische Steuerreform : doppelte Dividende oder Legende
Autor: Henkel, Hans-Olaf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166295>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM – DOPPELTE DIVIDENDE ODER LEGENDE?

Hans-Olaf Henkel, geboren 1940 in Hamburg, studierte an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. 1987 wurde er zum Vorsitzenden der Geschäftsführung der IBM Deutschland bestellt, 1993 zum Chef der IBM Europa, Mittlerer Osten und Afrika. Er ist persönliches Mitglied des Vorstandes des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und Senator sowohl der Max-Planck-Gesellschaft als auch der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz. 1992 erhielt Hans-Olaf Henkel die Ehrendoktorwürde der Technischen Universität Dresden und wurde vom Worldwide Fund für Natur (WWF) und dem Wirtschaftsmagazin «Capital» zum «Öko-manager des Jahres 1992» gewählt. Seit 1995 ist er Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Veröffentlichung: «Jetzt oder nie. Ein Bündnis für die Nachhaltigkeit in der Politik», 1998.

*Fünf Fragen stehen im Zentrum der folgenden Ausführungen:
Wo steht Deutschland im Umweltschutz? Wo steht Deutschland in der Energiepolitik? Was ist eigentlich das Faszinosum der Ökosteuer?
Was sind die Erfahrungen? Was ist zu tun?*

Darauf gibt es eine einfache Antwort: ganz vorne; wir gehören in Sachen Umweltschutz – wie auch die Schweiz – zu den Weltmeistern. Wenn die Prozesse, die wir in Deutschland in der Industrie eingesetzt haben, überall in der Welt einsetzen würden, könnten wir den weltweiten CO₂-Ausstoss über Nacht um 17 Prozent senken. Dabei ist Deutschland insgesamt nur für knapp 4 Prozent für den CO₂-Ausstoss in der Welt verantwortlich und die deutsche Industrie gar bloss für etwa 1 Prozent. Ich glaube, dass diese Zahl eloquenter als alles andere beweist, dass man auch ohne Ökosteuern an die Spitze der Bewegung gelangen kann. Einen Zusammenhang zwischen der Ökosteuer und der Fähigkeit, in Sachen Umweltschutz einen Spitzenrang einzunehmen, ist jedenfalls aus dieser Sicht nicht erkennbar.

Zeitweise führt der auch im Umweltschutz praktizierte deutsche Perfektionismus zu absurden Auswirkungen. So hat man früher in Deutschland das Wort «Müllnotstand» damit verbunden, dass man nicht wusste, wohin man mit dem Müll solle. Von Kommunalpolitikern wird das Wort «Müllnotstand» ganz anders definiert: Was machen wir mit all den Verbrennungsanlagen und Deponien? Diese wurden alle für Kapazitäten gebaut, die wir heute nicht erreichen, und dies alles ohne Ökosteuer ...

Deutschland hat als bisher einziges Industrieland der Welt im Umweltschutz eine Selbstverpflichtung der Industrie. 1995 haben die 19 wichtigsten Verbände eine Erklärung unterschrieben, in der sie die Bereitschaft bekundeten, bis zum Jahre 2005 den spezifischen CO₂-Ausstoss in allen Branchen mindestens um 20 Prozent zu senken. Dahinter steckt eine enorme Leistung der Industrie. Die Erklärung war mit hohen Risiken behaftet, denn schliess-

lich ist die Deutsche Wirtschaft keine Planwirtschaft, und ein Industriepäsident, der gegenüber der Regierung eine Verpflichtung für alle Wirtschaftsunternehmen unterschreibt, kann die Erfüllung in den Unternehmen nicht erzwingen. Es gibt keine institutionalisierten Sanktionsmechanismen gegenüber Verbänden oder Einzelunternehmen, wenn sich diese nicht an die Erklärung halten. Wir hatten damals mit der Bundesregierung abgesprochen, dass wir ein unabhängiges wissenschaftliches Institut mit dem Monitoring beauftragen würden.

Heute bin ich stolz, feststellen zu können, dass wir die Verpflichtung, die wir eingegangen sind, bisher einhalten konnten, ja, dass wir sogar in einzelnen Bereichen einen Vorsprung erzielten. Ich habe in der Folge unser Vorgehen weltweit propagiert, die Reaktionen darauf waren aber bisher zurückhaltend. Man möchte weiterhin abwarten, welche Erfahrungen wir damit machen. Dank der Selbstverpflichtung von 1995 konnte die von der damaligen Bundesregierung beabsichtigte Ökosteuer abgewehrt werden. Allerdings hing seither ständig das Projekt einer Ökosteuer als Damoklesschwert über uns, wenn wir uns nicht an unsere Verpflichtungen halten. Der Regierungswechsel von 1998 hat die Erklärung von 1995 in ein neues Licht gerückt. Während die neue Regierung sich ihrerseits nicht an unsere Abmachungen mit ihrer Vorgängerin halten will, hält die deutsche Industrie weiterhin an ihrer Selbstverpflichtung fest.

Was ist eigentlich das Energiekonzept der deutschen Bundesregierung?

Die Antwort ist einfach: Sie hat kein Konzept. Das ist eindeutig zu belegen. Die Po-

Redigierte Fassung des Referats vom 30. März 2000 vor dem Arbeitskreis «Kapital und Wirtschaft» in Zürich.

litik der derzeitigen Bundesregierung ist voller Widersprüche, was sich anhand von ein paar Beispielen aufzeigen lässt. Auf der einen Seite haben wir die hoch mit Steuergeldern subventionierte Steinkohle und auf der anderen Seite belegen wir diese und andere Energien neuerdings über die sog. «Ökosteuer» mit Abgaben. Darin kommt ein eklatanter Widerspruch zum Ausdruck. Die Energiegewinnung aus Steinkohle belastet die Atmosphäre mit CO₂. Die rot-grüne Koalition will aber weder eine zusätzliche Braunkohlennutzung noch die Kernkraft, ja, sie sieht in ihrem Koalitionsvertrag den unumkehrbaren Ausstieg aus der Kernkraft vor und ist daran, ihr diesbezügliches Programm umzusetzen. Kann eine demokratische Regierung überhaupt etwas «unumkehrbar» beschliessen? Ist dies nicht für künftige Generationen unzumutbar? Wie Umfragen zeigen, gibt es in der deutschen Bevölkerung gar keine Mehrheit für einen sofortigen Ausstieg aus der Kernkraft. Natürlich sind Wind, Sonne und Biomasse alternative und regenerative, d.h. erneuerbare Energiequellen, auf die wir uns ebenfalls abstützen können. Aber es ist ein Irrweg, dass wir uns mit Sparen, mit Biomasse, mit Sonne und mit Wind in die Lage versetzen könnten, die Kernenergie in Deutschland zu ersetzen. Inzwischen werden diese Widersprüche immer deutlicher. Einerseits will die Bundesregierung in Deutschland aus der Kernkraft aussteigen, andererseits stellt sie China sehr hohe Kredite zum Bauen neuer Kernkraftanlagen durch deutsche Firmen zur Verfügung.

Zur Zeit gibt es weltweit 400 aktive Kernkraftwerke. Zusätzlich sind 40 im Bau oder in der Planung. Was bedeutet es nun, wenn sich gerade jenes Land, das diese Technik am besten und am sichersten beherrscht, aus dieser Technik zurückzieht? Es wird natürlich immer weniger junge Leute geben, die in Deutschland Kernkraft-Technik studieren. Letzten Endes tun wir ja weder der Türkei, Indien, China oder vielen andern Ländern der Welt, die auf die Benutzung dieser Kernkraft bestehen, einen Gefallen, wenn wir ihnen in Zukunft die Möglichkeit nehmen, die sicherste Technik zu nutzen. Und schliesslich soll noch einmal in Erinnerung gerufen werden, dass die Kernkraft kein CO₂ ausstösst. Dank der Kernkraft

.....
 Kann eine
 demokratische
 Regierung
 überhaupt
 etwas
 «unumkehrbar»
 beschliessen?
 Ist dies nicht
 für künftige
 Generationen
 unzumutbar?

.....
 Verhängnisvoll
 ist, dass
 sich die
 Ökosteuer-
 Förderer mit
 denjenigen
 verbünden,
 die glauben,
 dass die
 allgemeinen
 Lebenskosten
 noch mehr
 verteuert
 werden sollten,
 um dem Staat
 zusätzliche
 Mittel
 zuzuführen.

gelangen in Deutschland jedes Jahr 150 Millionen Tonnen CO₂ weniger in die Atmosphäre. Womit wir das eigentlich ablösen wollen, ohne der Atmosphäre grossen Schaden zuzuführen, ist mir ein Rätsel.

Was ist das Faszinierende an der Ökosteuer?

Die Ökosteuer hat zunächst etwas Faszinierendes. Diese Faszination verblasst aber, wenn man sich mit den Konstrukteuren der Modelle auch über die Nachteile unterhält und vor allem, wenn man mehr über die Motive und über die Bewährung in der Praxis erfährt. Ich habe in Kopenhagen mit dem Erfinder des dänischen Ökosteuermodells gesprochen. Es handelt sich um den dänischen Finanzminister, der sich vor allem über die zusätzliche Einnahmequelle freut. Interessanterweise ist Dänemark trotz dieser als ökologisch etikettierten Steuer das Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Anstieg von CO₂. Dies hängt nicht unbedingt mit der Ökosteuer zusammen, aber diese Steuer hat offenbar auch nichts dagegen bewirken können. In den Diskussionen mit den Protagonisten dieser Steuer habe ich gelernt, dass der Eifer, mit dem dafür gekämpft wird, gleichzeitig mit der Erkenntnis steigt, dass sie im Hinblick auf die ökologischen Ziele nichts taugt.

Wiederholt habe ich Befürworter aus allen deutschen Parteien auf logische Brüche in ihren Modellen hingewiesen und dabei auch Zustimmung gefunden, mit dem Resultat, dass nach ein paar Wochen aufgrund derselben Ideologie ein neues Modell mit neuen Schwachstellen vorlag. So stark ist offenbar die Anziehungskraft der Ideologie, die sich mit den Bemühungen, für die Allgemeinheit etwas Gutes zu tun verbindet und den Blick für die nüchternen Tatsachen trübt. Verhängnisvoll ist, dass sich die Ökosteuer-Förderer mit denjenigen verbünden, die glauben, dass die allgemeinen Lebenskosten noch mehr verteuert werden sollten, um dem Staat zusätzliche Mittel zuzuführen. Dabei wird vergessen, dass das Motiv für Ökosteuern gar nicht bei den Staatsfinanzen lag, sondern beim Klima. Man wollte das CO₂-Problem in den Griff bekommen und propagierte eine CO₂-Steuer. Die Reduktion des CO₂-Ausstosses ist heute offensicht-

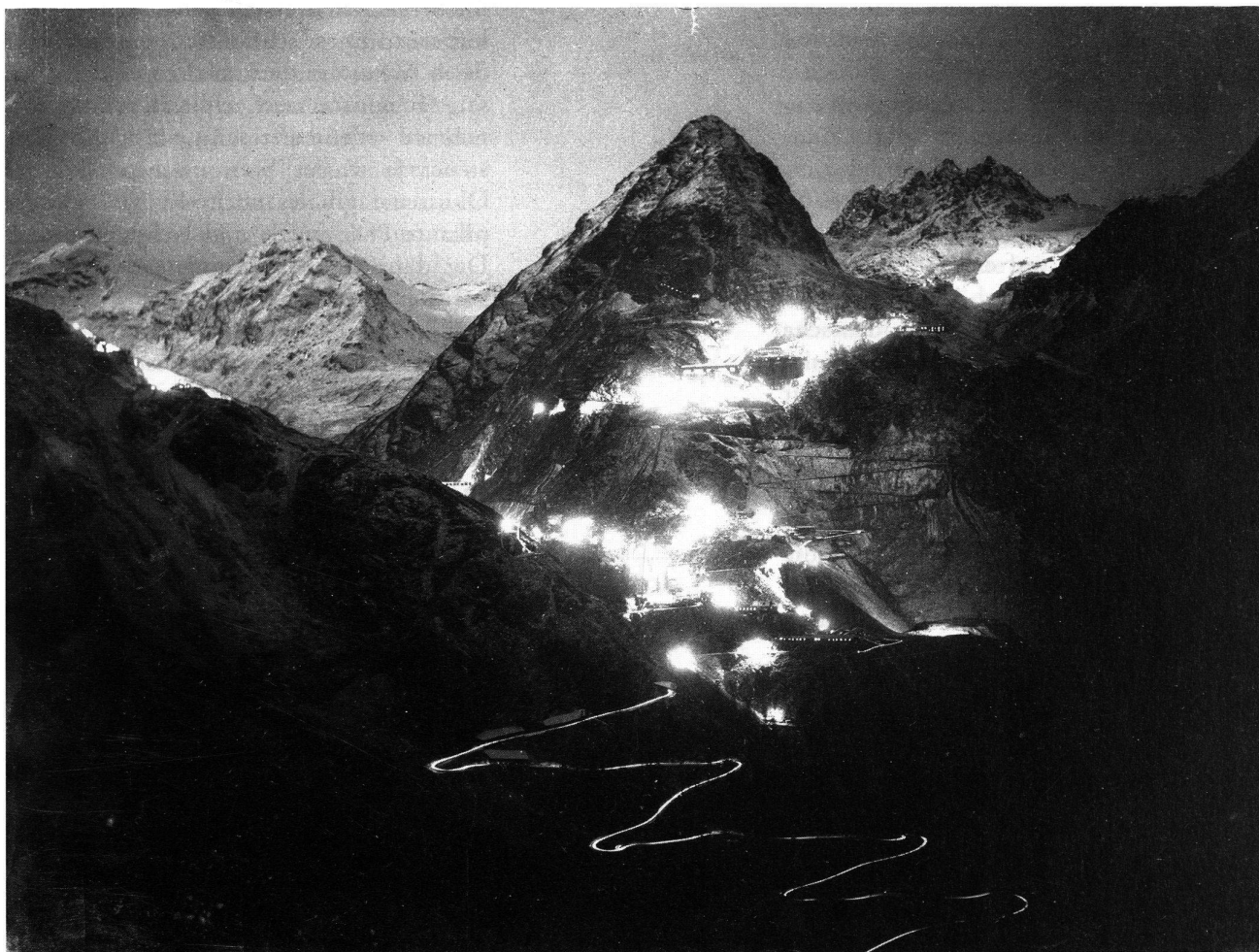
lich nicht mehr das Hauptmotiv. Sonst hätte man ja die Kernkraft von der Besteuerung ausnehmen müssen, aber dies passte nicht zur Ideologie. Da entdeckte man als neues Motiv «die Endlichkeit der Ressourcen» im allgemeinen und leitete daraus das Postulat einer Energiesparsteuer ab. Die These von der Endlichkeit der Ressourcen hat aber inzwischen an Glaubwürdigkeit verloren. Die Weltreserven an Erdöl und Erdgas sind grösser als man zur Zeit der Prognosen des «Club of Rome» annahm. Die Firma Esso hat kürzlich eine neue Studie veröffentlicht, die einen ausreichenden Erdölvorrat für weitere 250 Jahre prognostiziert. Schliesslich verändert sich auch die Technik in der Förderung: sie wird laufend verbessert und effizienter. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass wir im Hinblick auf die nachfolgenden Generationen mit diesen Vorräten verantwortungsbewusst umgehen müssen.

Nachdem sich eine Energiesteuer auch in Deutschland nicht durchsetzen liess, versucht die rot-grüne Koalitionsregierung

.....
*Die Firma
 Esso hat
 kürzlich eine
 neue Studie
 veröffentlicht,
 die einen
 ausreichenden
 Erdölvorrat
 für weitere
 250 Jahre
 prognostiziert.*

ihre ausgabenfreundliche Fiskal- und Sozialpolitik mit ökologischen Zielen zu verknüpfen. Man möchte sich dank der Einnahmen einer Ökosteuer die Mühen einer Sozialversicherungsreform ersparen. Nun ist nicht mehr das Eliminieren von CO₂ das Thema, und mit Energie hat das Modell auch nichts mehr zu tun. Jetzt müssen die Ökosteuern plötzlich als Wundermittel für eine Senkung der Lohnnebenkosten erhalten. Bei der «Ökosteuer» wurde nun zum ersten Mal – und das ist eigentlich der wirkliche Trick – die Möglichkeit gefunden, die Einführung einer neuen Steuer an eine bestimmte Ausgabe zu binden. Jene, die sich angesichts knapper Ressourcen für den Umweltschutz einsetzen, können sich – aufgrund der Zweckbindung einer Sanierung der Sozialversicherung – mit jenen zusammentun, die etwas «für die sozial Schwachen tun wollen», eine politisch nicht mehr zu schlagende Koalition von «Gutmenschen»!

Das Faszinierende an der Ökosteuer ist die Tatsache, dass man in den Medien ihre



Die gigantische Baustelle der Grande Dixence bei Nacht, Oktober 1959. Photo: Frank Gygli

vermeintlichen Vorzüge in drei Sätzen formulieren kann, während man mindestens zehn bis fünfzehn Minuten braucht, um ihre Untauglichkeit aufzuzeigen.

Was sind unsere Erfahrungen?

Warum die Ökosteuer keinen Sinn macht, lässt sich in einem einzigen Satz zusammenfassen: Die Ökosteuer übersieht sowohl die Globalität des CO₂-Problems als auch die Globalisierung der Wirtschaft. Diese Aussage stützt sich auf folgende Erfahrungen: Die Zementindustrie liefert ein eingängiges Beispiel: Da die Herstellung von Zement sehr energieintensiv ist, ist die Höhe der Energiepreise für diese von entscheidender Bedeutung. Wenn eine Zementfabrik im Osten Deutschlands, wo heute die Energiekosten, d.h. die Stromkosten bereits etwa 33 Prozent über jenen in Polen liegen, mit einer Ökosteuer belegt wird, welche die Energiekosten erhöht, so wird niemand mehr einen Anreiz haben, in Deutschland Zement zu produzieren, da doch der Zement aus Polen wesentlich billiger eingeführt werden kann. Genau dies ist bereits im Gange. Wir haben heute einen starken Anstieg der Importe von Zement aus Polen. Was bedeutet dies ökologisch? Die deutsche Industrie produziert nachgewiesenermassen sauberer und energieeffizienter als die polnische. Auch das Transportvolumen auf der Strasse wächst bei Importen aus Polen. An diesem Beispiel lässt sich zeigen, dass das deutsche Ökosteuermodell sowohl die Globalisierung der Wirtschaft übersieht und damit nicht nur deutsche Arbeitsplätze vernichtet, sondern auch dem Klima schadet, das es zu schützen vorgibt. Ähnliches liesse sich bei der Stahl- und Aluminiumproduktion nachweisen. Pikant ist auch die Antwort auf die Frage, wie denn die Ökosteuer die propagierte Lenkungs-Wirkung weiter entfalten soll, wenn die Lenkung wirklich einsetzen sollte. Woher kommt dann das Geld für Renten und Lohnnebenkosten? Man muss sich einmal vorstellen, die Lenkung würde wirklich so funktionieren, wie die Ökologen oder die Anhänger dieser Steuer sie wollen. In diesem Fall würde das ganze System ja einfach zusammenbrechen. Die Ökosteuer kann demnach nur funktionieren, wenn die gewünschte Lenkung gar nicht eintritt.

.....

*Die
vollständige
Umstellung
von Industrie
auf Dienst-
leistung könnte
sich als ein
gefährliches
Szenario
erweisen.*

.....

.....

*Das Ganze
entwickelt
sich
inzwischen
zu einem
bürokratischen
Leerlauf.*

.....

Häufig wird die Meinung vertreten, die Zukunft gehöre ohnehin den Dienstleistungen und wir könnten alle davon gut leben, dass wir uns gegenseitig die Haare schneiden oder eine Pizza backen. Dabei wird gern übersehen, dass mit jedem Arbeitsplatz in der Industrie zwei oder drei Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich verknüpft sind. Die vollständige Umstellung von Industrie auf Dienstleistung könnte sich daher als ein gefährliches Szenario erweisen. Wenn wir die Industrie in weniger entwickelte Regionen auslagern, in denen mit der Umwelt nicht so pfleglich umgegangen wird wie hierzulande, so ist der Gesamtnutzen für den Umweltschutz negativ.

Oft wird diesem Argument entgegnet, dass die Industrie grösstenteils von der Ökosteuer ausgenommen werde, was in Deutschland auch weitgehend der Fall gewesen ist. Nun will aber auch die Landwirtschaft ausgenommen werden, ebenso gemeinnützige Dienstleister usw. ... Auch die Rentner, Studenten und jene Leute, die keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, entdecken schliesslich die Last auf ihren Schultern, was nicht gerade sozial sei. So müsste man schliesslich alle ausnehmen – denn erst dann würde die Ökosteuer ja wieder Sinn machen. Bei der Ökosteuer gibt es noch ein paar weitere pikante Phänomene und Nebenprodukte. Der dänische Finanzminister weist stolz auf den enormen Anstieg von Unternehmensgründungen in seinem Land hin. Was aber wirklich passiert ist, ist folgendes: Nachdem auch Dänemark entdeckt hat, dass man energieintensive Firmen ausnehmen muss, wurde ein gewisser Prozentsatz an Energiekosten in bezug auf die gesamten Kosten als Schwellenwert deklariert. Wenn man diesen überschreitet, wird die Ökosteuer rückvergütet. Das hatte zur Folge, dass dänische Unternehmen ihre energieintensiven Bereiche ausgegliedert und juristisch verselbständigt haben. Damit kommen diese Firmen nun in den Genuss der Ausnahmen und der Rückerstattung der Ökosteuer.

Die Umgehungen sind also vorprogrammiert und können durch die Ausnahmeregelungen auch nicht erfasst werden. Das Ganze entwickelt sich inzwischen zu einem bürokratischen Leerlauf. Zudem ist es auch schlicht unmöglich, in dieser

ganzen Kette zwischen Prozessenergie und sonstiger Energie zu unterscheiden.

Ein anderes Problem sind die Versuche, die Administration zu vereinfachen, indem die Rückerstattung nur ab einer Höhe von einigen Tausend DM erfolgen soll. Mit anderen Worten: nur Grossunternehmen profitieren von der Ausnahme, was nicht gerade «mittelstandsfreundlich» ist. Auch in der Schweiz wird man mit dem Problem konfrontiert werden. Wie kann man vermeiden, dass die Unternehmen Berge von Formularen ausfüllen müssen, um dann wiederum für sich selbst Ausnahmen geltend machen zu können?

Zwischen der Situation in Westeuropa und derjenigen in Osteuropa und in den Entwicklungsländern bestehen wesentliche Unterschiede. In Westeuropa wird pro tausend DM Bruttosozialprodukt etwa 70 kg CO₂ in die Luft ausgestossen. In Osteuropa und Zentraleuropa sind es 625 kg und in den Ländern der GU 900 kg, während es China auf fast 1800 kg bringt. Das heisst, dass alle europäischen Alleingänge, die momentan diskutiert werden, nicht mehr als eine reine «Donquichotterie» sind. Da kann man froh sein, dass es ab und zu noch einen vernünftigen Regierungschef gibt. Anlässlich des Berliner EU-Treffens hat man ja versucht, eine europaweite Ökosteuer einzuführen, und dies nach einem sehr seltsamen Muster: Es wurde ein Raster festgelegt und jedes Land hätte den eigenen Prozentsatz hineinschreiben können – seriös oder willkürlich. Natürlich gibt es Länder, die hätten Null einführen können und andere 15 Prozent. Das heisst, es wurde den europäischen Konsumenten vorgegaukelt, ganz Europa finde zu einer gemeinsamen Lösung. Glücklicherweise hat die spanische Regierung die Schwächen des Modells durchschaut. Ohne den Einspruch von Präsident *Aznar* hätten wir dieses Modell in Europa bereits eingeführt. Selbst die Briten waren im Tauschhandel gegen andere Dinge, bei denen man ihnen entgegengekommen wäre, dazu bereit gewesen. In Berlin sind sie also von ihrer sonst kritischen Haltung zur europäischen Ökosteuer abgekommen. Dank Spanien zum Glück ohne Erfolg. Zusammenfassend lässt sich zur Beantwortung der Frage nach der Faszination der Ökosteuern folgendes sagen: Die Ökosteuer ist weder «öko-»

.....
 Wir hinter-
 lassen heute
 unseren
 Kindern einen
 sauberen
 Rhein, einen
 klaren
 Bodensee
 und, trotz
 «Lothar», auch
 mehr Wälder
 als wir
 vorgefunden
 haben.

.....
 Die
 Ökosteuer
 ist weder
 «öko-» noch
 logisch.

noch logisch. Ich hoffe, es ist klar geworden, dass die versprochene doppelte Dividende ganz einfach eine doppelte Legende ist.

Was könnten wir tun?

• Dritter Mehrwertsteuersatz als Alternative

Wenn denn eine Ökosteuer sein muss, weil sie aus allen möglichen und auch ideologischen Gründen nicht mehr zu verhindern ist, dann sehe ich nur ein einziges Modell: ein dritter Mehrwertsteuersatz. In der Europäischen Union haben wir bereits zwei Mehrwertsteuersätze, den normalen und einen niedrigeren. Ich könnte mir vorstellen, dass man einen dritten Satz für die Energie einführen könnte. Damit würden viele der schädlichen Nebenwirkungen, wie ich sie hier beschrieben habe, verhindert. Wenn etwa Zement aus Polen nach Deutschland transportiert würde, würde der Satz dort wirken, und die deutschen Exporte würden dadurch nicht belastet, weil man beim Grenzübergang die Mehrwertsteuer ja nicht erhebt. Es würde damit auch europaweit zu einem Ausgleich kommen. Allerdings: Nützen würde diese Steuer auch nichts – aber wenigstens weniger schaden. Ich fordere damit nicht einen dritten Mehrwertsteuersatz etwa als Modellösung für die Schweiz, sondern meine, dass von allen Modellen, die ich kenne und die behandelt werden, der dritte Mehrwertsteuersatz auf Energie der relativ unschädlichste ist. Schädlich ist er aber noch immer!

• Selbstverpflichtung der Wirtschaft als bewährtes Modell

Ich glaube, dass wir die CO₂-Selbstverpflichtung der Wirtschaft, die wir in Deutschland eingeführt haben und die erfolgreich ist, überall in Europa einführen sollten. Ich werde nicht müde, auch in Brüssel dafür zu werben und bekomme dafür auch immer mehr Unterstützung. Natürlich ist dies auch deshalb der Fall, weil der Erfolg dieser Selbstverpflichtung in Deutschland langsam weitherum sichtbar wird. Ebenso stelle ich fest, dass viele meiner Kollegen in europäischen Ländern jetzt merken, dass eine CO₂-Selbstverpflichtung eigentlich genau das Instrument ist, um eine ökologisch und ökonomisch schädliche Ökosteuer zu verhindern.

• *Globalität des CO₂-Problems und Globalisierung der Wirtschaft*

Wir sollten bei der ganzen Diskussion den Blick nicht nur auf Europa richten. Die Einsicht in die Globalität des CO₂-Problems und die Globalisierung der Wirtschaft ist nötig. Was die Ökosteuer angeht, so diskutiert niemand in der Welt dieses Modell: in Japan nicht, in Asien und woanders nicht, in Nordamerika nicht und auch in Lateinamerika nicht – bloss in einigen Ländern Europas. Dabei sollten wir doch bedenken, dass wir mit all diesen Ländern im Wettbewerb stehen. Die Energiekosten sind heute in Europa die höchsten in der Welt und innerhalb Europas sind sie in Deutschland am höchsten. Sollten wir da nicht vielleicht einmal eine andere Methode wählen? Wenn denn die Schweizer der Meinung sind, dass sie Geld ausgeben wollen, um etwas für das CO₂-Problem zu tun, dann möchte ich dazu folgendes bemerken:

Einen Schweizer Franken in der Schweiz investiert bringt bloss einen Zehntel von einem Schweizer Franken, den Sie zum Beispiel in China investieren könnten. Wer als ökologisch fortgeschrittenes Land etwas zur Lösung des CO₂-Problems beitragen will, sollte die Ressourcen in jenen Ländern einsetzen, wo man für die Atmosphäre global mit dem gleichen Geld wesentlich mehr bewirken kann.

• *Alternativpläne entwickeln*

Dieser Punkt ist vielleicht auch etwas gewagt. Ich glaube, man müsste sich auch einmal mit Alternativplänen befassen. Wenn Sie in einem Unternehmen irgendeinen aggressiven Plan haben, um irgend etwas zu erreichen, dann sind Sie gut beraten, dass Sie Alternativen in der Schublade haben. Was passiert, wenn Sie es nicht schaffen? Wenn wir davon ausgehen, dass die globale Erwärmung tatsächlich mit dem CO₂ und den Menschen zu tun hat, dann sollten wir uns auch überlegen, was etwa passiert, wenn wir das gesteckte Ziel nicht erreichen? Da wir das Problem mit einer Ökosteuer hier in Europa nicht lösen werden, frage ich mich, warum Politik und Wissenschaft und vielleicht auch die Wirtschaft nicht genug darüber nachdenken, was passiert, wenn wir das *Global Warming* Problem nicht in den Griff kriegen? Ich glaube, dass man ruhig auch darüber einmal nachdenken sollte. Eine umfassende

.....

*Wir sollten
bei der
ganzen
Diskussion
den Blick
nicht nur auf
Europa richten.
Die Einsicht
in die
Globalität des
CO₂-Problems
und die
Globalisierung
der Wirtschaft
ist nötig.*

.....

Aufforstung wäre sicherlich eine der Möglichkeiten. Aber, um es etwas populistischer auszudrücken: Wenn wir schon so viel Geld für den Weltraum und alles Mögliche investieren, warum versuchen wir nicht, Geld für ein Forschungsobjekt für eine «CO₂-Fressmaschine» auszugeben? Das wäre eine Herausforderung für die Wissenschaftler dieser Welt. Wenn *Global Warming* bzw. seine Folgen so gewaltige Probleme aufwerfen und wir nicht absehen können, ob wir dieses Problem in den Griff kriegen, andererseits aber davon ausgehen, dass aus den heute 6 Milliarden Menschen im Jahre 2030 deren 15 Milliarden sein werden, die alle gekleidet, ernährt und gewärmt werden wollen, dann ist es, glaube ich, auch einmal an der Zeit, dass wir uns darüber Gedanken machen, wie die Folgeprobleme zu lösen sind.

• *Das Prinzip der Nachhaltigkeit muss Masstab für alle Politikbereiche werden*

Seit ungefähr zwei Jahren befasse ich mich ganz intensiv damit, das Prinzip der Nachhaltigkeit etwas grundsätzlicher zu sehen.

Die Deutschen – und dies gilt auch für die Schweizer – haben im Grundsatz begriffen, worum es beim Umweltschutz geht. Es gibt in Deutschland keine Partei, die nicht für Nachhaltigkeit im Umweltschutz eintritt. Wir hinterlassen heute unseren Kindern einen sauberen Rhein, einen klaren Bodensee und, trotz «Lothar», auch mehr Wälder als wir vorgefunden haben. Und das ist gut so. Nur frage ich mich: Wieso gilt eigentlich das Prinzip der Nachhaltigkeit nur beim Umweltschutz? Wieso nicht auch bei der Diskussion um die Staatsfinanzen? Warum nicht bei der Diskussion um die Rentenversicherung? Warum nicht bei der Diskussion um die Sozialversicherung oder um unser Bildungssystem? Wieso hinterlassen wir unseren Kindern eigentlich Jahr für Jahr steigende Schuldenberge? Wir müssen dafür sorgen, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Politikbereichen eingeführt wird. Dann würde man nicht auf die Idee kommen, dem Schweizer Volk vorzuschlagen, eine Ökosteuer einzuführen, um damit die Sozialversicherung zu alimentieren. Lernen Sie aus unseren Erfahrungen und lehnen Sie diese Ideen ab. Sie verhindern damit sowohl ökologischen als auch ökonomischen Schaden. ♦